
**Bekanntmachung
des deutsch-kolumbianischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 6. Dezember 2012

Das in Bogotá am 19. Juli 2012 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Kolumbien über Finanzielle Zusammenarbeit wird nachstehend veröffentlicht.

Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 13 Absatz 1 in Kraft tritt, wird im Bundesgesetzblatt bekannt gegeben.

Bonn, den 6. Dezember 2012

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Paul Garaycochea

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Kolumbien über Finanzielle Zusammenarbeit

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Kolumbien –

geeint durch tiefe historische Verbindungen und entschlossen, die Beziehungen durch partnerschaftliche Entwicklungszusammenarbeit auf der Grundlage der Grundsätze von Unabhängigkeit, Souveränität, Nichteinmischung in innere Angelegenheiten wirksam zu fördern und voranzutreiben, sowie in dem Wunsch, die freundschaftlichen Bande zu stärken –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Ziele der Entwicklungszusammenarbeit

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung der Republik Kolumbien (im Folgenden als „Vertragsparteien“ bezeichnet) arbeiten unter anderem zur Bekämpfung der Armut und zum Zweck ihrer wirtschaftlichen, sozialen und umweltgerechten Entwicklung zusammen. Sie setzen sich gemeinsam für die Verwirklichung einer global nachhaltigen Entwicklung ein, die sich gleichermaßen in wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Tragfähigkeit und politischer Stabilität ausdrückt.

Artikel 2

Ziel des Abkommens

Ziel dieses Abkommens ist der Aufbau eines Rechtsrahmens zur Regelung der Finanziellen Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien für die Finanzierung von auf Entwicklung zielenden Aktivitäten in Übereinstimmung mit den verfassungsrechtlichen und rechtlichen Vorschriften beider Staaten sowie mit den Grundsätzen des Völkerrechts.

Artikel 3

Grundlagen der Finanziellen Zusammenarbeit

(1) Für die Finanzielle Zusammenarbeit als Instrument der Entwicklungszusammenarbeit gelten die im Folgenden vereinbarten Grundsätze, Verfahren und Pflichten; sie sind Grundlage für die Vereinbarung von Entwicklungsmaßnahmen zwischen den Vertragsparteien und der diese weiter konkretisierenden privatrechtlichen Durchführungsvereinbarungen, die aufgrund dieses Abkommens entstehen.

(2) Die Vertragsparteien führen vor der Vereinbarung von Entwicklungsmaßnahmen einen partnerschaftlichen Dialog über Grundlagen und aktuelle Fragen der rückzuzahlenden und nicht rückzuzahlenden Finanzierungen. Im Interesse der Effizienz und zur Koordinierung zwischen den Regierungen hinsichtlich der rückzuzahlenden Finanzierungen wird die Nationale Planungsbehörde der Republik Kolumbien in Koordination mit dem Ministerium für Finanzen und öffentliches Kreditwesen der Republik Kolumbien oder dessen Rechtsnachfolger die zu finanzierenden Vorhaben ermitteln und deren Priorität festlegen. Im Fall der nicht rückzuzahlenden Finanzierungen koordiniert die kolumbianische Präsidiale Agentur für Internationale Zusammenarbeit (APC-Kolumbien) oder deren Rechtsnachfolger die Ermittlung und die Festlegung der Priorität der zu finanzierenden Vorhaben. Die Vertragsparteien legen Ziele und Schwerpunkte der Entwicklungs-

maßnahmen sowie die kolumbianischen durchführenden Stellen der Finanziellen Zusammenarbeit in den Regierungsverhandlungen (deren Ergebnisse in den Schlussprotokollen festgehalten werden) oder anderen Regierungsabsprachen einvernehmlich fest.

Artikel 4

Begriffsbestimmungen

Im Rahmen dieses Abkommens gelten folgende Begriffsbestimmungen:

1. Finanzielle Zusammenarbeit: alle Entwicklungsmaßnahmen mit rückzuzahlender oder nicht rückzuzahlender Finanzierung, die von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH (DEG) im Rahmen ihrer Tätigkeit als deutsche Durchführungsorganisation umgesetzt werden;
2. Entwicklungsmaßnahmen: jedes zwischen den Vertragsparteien im Rahmen der Finanziellen Zusammenarbeit vereinbarte Vorhaben oder Programm;
3. Finanzierung: Bereitstellung von Finanzmitteln durch Darlehen und Finanzierungsbeiträge;
4. Entwicklungskredite: Darlehen, die im Rahmen der Finanziellen Zusammenarbeit in Übereinstimmung mit den in beiden Staaten anzuwendenden Vorschriften vergeben werden. Hierbei werden Mittel der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und Mittel einer deutschen Durchführungsorganisation kombiniert;
5. Darlehen: verzinsliche und rückzuzahlende Finanzierungen;
6. Finanzierungsbeiträge: nicht verzinsliche und nicht rückzuzahlende Mittel aus Finanzieller Zusammenarbeit (Zuschüsse);
7. Leistungen: Geld- oder Sachbeiträge oder eine Kombination aus beiden;
8. Deutsche Durchführungsorganisationen: Stellen und Organisationen wie die in Artikel 5 Absatz 4 genannten, die von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit der Durchführung von Entwicklungsmaßnahmen betraut wurden;
9. Darlehensnehmer: die kolumbianische Stelle, die die Mittel der rückzuzahlenden Finanziellen Zusammenarbeit erhält und verpflichtet ist, ein Darlehen, das im Rahmen der Finanziellen Zusammenarbeit durch die Regierung der Bundesrepublik Deutschland über eine deutsche Durchführungsorganisation gewährt wird, zurückzuzahlen;
10. Kolumbianische durchführende Stelle: die kolumbianische Stelle, die für die Verwendung der Mittel der rückzuzahlenden Finanziellen Zusammenarbeit verantwortlich ist und welche die Verpflichtungen in den Bereichen Technik, Haushalt, Finanzen, Vergabe, Durchführung und Nachhaltigkeit der Investitionen übernimmt, die für die Erfüllung der im entsprechenden Darlehensvertrag festgelegten Ziele des Vorhabens oder Programms erforderlich sind. Die durchführende Stelle unterzeichnet die Darlehensverträge;
11. Empfänger: Anspruchsberechtigter eines Finanzierungsbeitrags (Zuschuss), der im Rahmen der nicht rückzuzahlenden Finanziellen Zusammenarbeit der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über eine deutsche Durchführungs-

organisation gewährt wird. Der Empfänger unterzeichnet die Finanzierungsverträge;

12. Maßnahmenvereinbarung: zwischen den Vertragsparteien nach Artikel 5 Absatz 1 geschlossene völkerrechtliche Übereinkunft über die Durchführung der Entwicklungsmaßnahmen;
13. Schlussprotokoll der Regierungsverhandlungen: von den Vertragsparteien unterzeichnetes Dokument nach Artikel 3 Absatz 2, das keine rechtlich bindende Übereinkunft ist;
14. Durchführungsvereinbarungen: privatrechtliche Verträge auf der Grundlage von Vereinbarungen nach Artikel 5 Absatz 1 oder auf der Grundlage der Regierungsverhandlungen oder anderer Regierungsabsprachen in Übereinstimmung mit Artikel 3 Absatz 2, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen (insbesondere Verträge über Finanzierungsbeiträge, Darlehensverträge sowie diese Verträge konkretisierende Besondere Vereinbarungen und sonstige mit diesen Verträgen in Zusammenhang stehende vertragliche Regelungen). In jedem Fall unterliegen alle Genehmigungen, die von kolumbianischer Seite zu erteilen sind, den in der Republik Kolumbien geltenden Rechtsvorschriften;
15. Darlehensverträge: Durchführungsvereinbarungen im Rahmen der rückzuzahlenden Finanziellen Zusammenarbeit. Sie werden von der deutschen Durchführungsorganisation, dem Darlehensnehmer und der kolumbianischen durchführenden Stelle unterzeichnet;
16. Verträge über Finanzierungsbeiträge: Durchführungsvereinbarungen im Rahmen der nicht rückzuzahlenden Finanziellen Zusammenarbeit. Sie werden von der deutschen Durchführungsorganisation, der kolumbianischen Präsidialen Agentur für Internationale Zusammenarbeit, APC-Kolumbien (oder deren Rechtsnachfolger) und dem Empfänger unterzeichnet;
17. Laufende Kosten: Betriebskosten einschließlich der Unterhaltskosten.

Artikel 5

Vereinbarung von Entwicklungsmaßnahmen

(1) Die Vertragsparteien können auf der Grundlage dieses Abkommens und der Ergebnisse der Regierungsverhandlungen im Sinne von Artikel 3 Absatz 2 ergänzende völkerrechtliche Maßnahmenvereinbarungen über einzelne oder mehrere Entwicklungsmaßnahmen schließen. Diese legen insbesondere die Zielsetzung, den Verwendungszweck und die Leistungen sowie gegebenenfalls die kolumbianischen durchführenden Stellen und den Empfänger beziehungsweise Darlehensnehmer der Finanzierung fest.

(2) Die Verpflichtung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zur Erbringung ihrer Leistungen entsteht unter der Voraussetzung, dass die Regierung der Bundesrepublik Deutschland die Förderungswürdigkeit der Entwicklungsmaßnahme festgestellt hat. Sie entfällt, wenn die Regierung der Republik Kolumbien ihre Leistungen nach Artikel 7 oder Artikel 8 dieses Abkommens nicht erbringt oder ihre Verpflichtungen nach denselben Artikeln nicht erfüllt.

(3) Die Vertragsparteien treffen die notwendigen Vereinbarungen bezüglich der Durchführung der Entwicklungsmaßnahmen, betrauen gegebenenfalls geeignete durchführende Stellen mit der Durchführung und ermächtigen sie zu konkretisierenden Durchführungsvereinbarungen.

(4) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland beauftragt die KfW, die DEG oder deren Rechtsnachfolger mit der Durchführung von einzelnen Entwicklungsmaßnahmen der Finanziellen Zusammenarbeit.

(5) Nach Feststellung der Förderungswürdigkeit einer Entwicklungsmaßnahme nach Absatz 2 schließt die deutsche Durchführungsorganisation Durchführungsvereinbarungen mit der

kolumbianischen durchführenden Stelle, dem Darlehensnehmer oder dem Empfänger und gegebenenfalls der kolumbianischen Präsidialen Agentur für Internationale Zusammenarbeit, APC-Kolumbien (oder deren Rechtsnachfolger).

(6) Bei Entwicklungskrediten ist zusätzlich zu Absatz 5 die Kreditwürdigkeit des Darlehensnehmers Voraussetzung für den Abschluss der Durchführungsvereinbarung.

(7) In den Durchführungsvereinbarungen werden verbindliche Regelungen getroffen insbesondere für:

1. die mit der Entwicklungsmaßnahme und ihrer Finanzierung verfolgten Ziele;
2. die Dauer der Durchführung und die organisatorische und technische Struktur der Entwicklungsmaßnahme und ihrer Finanzierung;
3. die Leistungen der beteiligten Stellen;
4. das Verfahren der Auftragsvergabe (Bauvorhaben, Güter und Dienstleistungen) im Fall von Finanzierungen;
5. die Folgen der Verletzung von Vertragspflichten.

Artikel 6

Leistungen und Pflichten der Regierung der Bundesrepublik Deutschland

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland fördert Entwicklungsmaßnahmen der Finanziellen Zusammenarbeit durch Finanzierungen und alle anderen gemeinsam vereinbarten Leistungen.

(2) Zu den Leistungen können die Vorbereitung, Durchführung und Erfolgskontrolle der Entwicklungsmaßnahmen zählen.

(3) Im Fall von Finanzierungen ermöglicht es die Regierung der Bundesrepublik Deutschland der Regierung der Republik Kolumbien oder anderen, von den Vertragsparteien gemeinsam auszuwählenden Empfängern, von der deutschen Durchführungsorganisation die nach Artikel 5 zu vereinbarenden Beträge zu erhalten.

(4) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Kolumbien, für besondere Maßnahmen (Maßnahmen des Umweltschutzes, Kreditgarantiefonds für mittelständische Betriebe, selbsthilfeorientierte Maßnahmen zur Armutsbekämpfung, Maßnahmen, die zur Verbesserung der gesellschaftlichen Stellung der Frau dienen, oder andere Bereiche, die die Kriterien der deutschen Haushaltsgesetzgebung erfüllen) Finanzierungsbeiträge zu erhalten, soweit dies in der völkerrechtlichen Maßnahmenvereinbarung nach Artikel 5 Absatz 1 oder in den Regierungsverhandlungen oder anderen Regierungsabsprachen nach Artikel 3 Absatz 2 ausdrücklich vereinbart wird und die Prüfung nach Artikel 5 Absatz 5 ergibt, dass die mit dieser Finanzierung angestrebten Ziele erreicht werden können.

(5) Im Fall von Entwicklungskrediten erklärt sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland bereit, Darlehen einer deutschen Durchführungsorganisation teilweise zu refinanzieren, Finanzmittel zur Zinssubvention bereitzustellen, Bürgschaften entsprechend den innerstaatlichen Regelungen in der Bundesrepublik Deutschland und bei Vorliegen der jeweiligen Deckungsvoraussetzungen zu übernehmen oder diese Entwicklungskredite in anderer Weise zu ermöglichen.

(6) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Kolumbien, Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung von Entwicklungsmaßnahmen zu erhalten, soweit dies in der Maßnahmenvereinbarung nach Artikel 4 Nummer 12 oder in den Regierungsverhandlungen oder anderen Regierungsabsprachen nach Artikel 3 Absatz 2 vereinbart wird und sofern die Prüfung nach Artikel 5 Absatz 5 ergibt, dass die mit der Begleitmaßnahme angestrebten Ziele erreicht werden können.

Artikel 7**Leistungen und Pflichten
der Regierung der Republik Kolumbien**

(1) Die Regierung der Republik Kolumbien trägt wie folgt zu den vereinbarten Entwicklungsmaßnahmen bei:

1. Sie sorgt für die Erfüllung der eigenen in den Durchführungsvereinbarungen konkretisierten Leistungen;
2. sie sorgt im Fall von Finanzierungen gegenüber der nach Artikel 5 Absatz 4 beauftragten deutschen Durchführungsorganisation für den Nachweis der ordnungsgemäßen und wirtschaftlichen Mittelverwendung;
3. sie sorgt im Fall der Bereitstellung von Finanzmitteln für die vollständige Finanzierung der Entwicklungsmaßnahmen;
4. sie trägt die laufenden Kosten der Entwicklungsmaßnahmen, soweit nicht ausnahmsweise in den Durchführungsvereinbarungen anders geregelt;
5. sie stellt auf eigene Kosten die jeweils erforderlichen einheimischen Fach- und Hilfskräfte zur Verfügung, soweit nicht ausnahmsweise in den Durchführungsvereinbarungen anders geregelt;
6. sie führt – soweit in den Durchführungsvereinbarungen nicht anders geregelt – die durch die Entwicklungsmaßnahmen geschaffenen Einrichtungen beziehungsweise die unterstützte Strukturreform in absehbarer Zeit selbst weiter;
7. sie sorgt dafür, dass alle mit der Durchführung dieses Abkommens und der Maßnahmenvereinbarungen befassten Stellen rechtzeitig und umfassend über deren Inhalt unterrichtet werden;
8. sie erkennt für alle Rückflüsse aus Finanzierungen (u. a. Rückzahlungen, Auszahlungen und Restmittel) die Notwendigkeit zur rechtzeitigen und ausreichenden Bereitstellung von frei transferierbaren Devisen und die dafür notwendige freie Konvertierung von Lokalwährung an. Sie ist bemüht, diesem Erfordernis jederzeit innerhalb der in den Durchführungsvereinbarungen gesetzten Frist und im Rahmen der nationalen Gesetzgebung nachzukommen;
9. sie sorgt dafür, dass die deutschen Durchführungsorganisationen gegenüber den multilateralen Finanzierungsinstitutionen im Auslandsschuldendienst nicht benachteiligt werden.

(2) Die Regierung der Republik Kolumbien trifft für die Durchführung der nach Artikel 5 vereinbarten Entwicklungsmaßnahmen folgende Regelungen bezüglich Steuern und anderen öffentlichen Abgaben auf nationaler Ebene:

1. Sie stellt die deutschen Durchführungsorganisationen von sämtlichen Steuern und öffentlichen Abgaben auf nationaler Ebene frei, die in der Republik Kolumbien erhoben werden und im Zusammenhang mit dem Abschluss und während der Geltungsdauer der Durchführungsvereinbarungen über Finanzierungen anfallen;
2. sie befreit alle Zahlungen im Zusammenhang mit dem Schuldendienst von Steuern und öffentlichen Abgaben auf nationaler Ebene;
3. sie trägt dafür Sorge, dass Steuern und öffentliche Abgaben auf nationaler Ebene, die die kolumbianische durchführende Stelle zu tragen hat, nicht aus den über die deutschen Durchführungsorganisationen bereitgestellten Finanzmitteln finanziert werden;
4. sie stellt die Verträge von Steuern und öffentlichen Abgaben auf nationaler Ebene frei, die zur Durchführung der mit Finanzierungsbeiträgen verwirklichten Entwicklungsmaßnahmen zu schließen sind, sowie die Beschaffung von Gütern und/oder Dienstleistungen und die Finanztransaktionen, die unmittelbar mit den Geldern durchgeführt werden, die aus den als Finanzierungsbeiträge erhaltenen Mitteln stammen.

Artikel 8**Garantien**

(1) Im Fall von Darlehensverträgen mit anderen öffentlichen Stellen als der Regierung der Republik Kolumbien, die über eine Staatsgarantie verfügen, verpflichtet sich die Regierung der Republik Kolumbien, gegenüber der deutschen Durchführungsorganisation nach Artikel 5 Absatz 4 die Zahlungen in Erfüllung von Verbindlichkeiten der Darlehensnehmer oder Empfänger zu garantieren und für die angemessene Verwendung der Mittel aus der deutschen Zusammenarbeit zu sorgen, so dass etwaige Rückzahlungsansprüche, die aufgrund der Darlehensverträge entstehen können, vermieden werden.

(2) Im Fall von Darlehensverträgen mit anderen öffentlichen Stellen als der Regierung der Republik Kolumbien, die nicht über eine Staatsgarantie verfügen, prüft die Regierung der Bundesrepublik Deutschland in Abhängigkeit von der Art des Vorhabens und/oder der öffentlichen Stelle, ob sie auf das Erfordernis einer solchen Garantie verzichten kann oder ob sie auf die Durchführung des Vorhabens verzichten muss.

(3) Für die nicht rückzuzahlende Finanzielle Zusammenarbeit wird die Erfüllung der in den Finanzierungsverträgen enthaltenen Verpflichtungen gegenüber der entsprechenden deutschen Durchführungsorganisation gewährleistet.

Artikel 9**Austausch von Entwicklungsmaßnahmen**

(1) Die nach den Artikeln 3 und 5 vereinbarten Entwicklungsmaßnahmen können im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Kolumbien durch andere Entwicklungsmaßnahmen der Finanzellen Zusammenarbeit ersetzt werden.

(2) Soll eine Entwicklungsmaßnahme, für die nach Artikel 6 Absatz 4 ein Finanzierungsbeitrag bereitgestellt wurde, durch andere Entwicklungsmaßnahmen ersetzt werden, so werden die Finanzmittel nur bei Bestätigung der besonderen Bedingungen als Finanzierung bereitgestellt. Andernfalls werden die Finanzmittel als Darlehen bereitgestellt.

(3) Entwicklungsmaßnahmen, für die Entwicklungskredite vereinbart wurden, können nicht durch andere Entwicklungsmaßnahmen ersetzt werden.

Artikel 10**Frist für die Mittelvergabe**

Die nach den Artikeln 6 und 7 vereinbarten Verpflichtungen entfallen, soweit nicht innerhalb von acht Jahren nach der Zusage der Mittel die entsprechenden Durchführungsvereinbarungen unterzeichnet wurden.

Artikel 11**Anwendbarkeit anderer Abkommen**

Dieses Abkommen berührt nicht die Bestimmungen des Abkommens vom 26. Mai 1998 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Kolumbien über Technische Zusammenarbeit (TZ-Rahmenabkommen), das am 28. Februar 2001 in Kraft getreten ist.

Artikel 12**Beilegung von Streitigkeiten**

Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens werden durch unmittelbare Verhandlungen zwischen den Vertragsparteien beigelegt. Sind diese Verhandlungen nicht erfolgreich, werden die sonstigen völkerrechtlich anerkannten Wege zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten beschritten.

Artikel 13
Schlussklauseln

(1) Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Regierung der Republik Kolumbien der Regierung der Bundesrepublik Deutschland mitgeteilt hat, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der Mitteilung.

(2) Die Vertragsparteien können Änderungen dieses Abkommens vereinbaren. Für das Inkrafttreten von Änderungsvereinbarungen gilt Absatz 1 entsprechend.

(3) Dieses Abkommen gilt auf unbestimmte Zeit. Jede Vertragspartei kann es mit schriftlicher Notifikation an die andere

Vertragspartei kündigen; die Kündigung wird 30 Tage nach Eingang bei der anderen Vertragspartei wirksam.

(4) Die Kündigung dieses Abkommens hat keine Auswirkung auf die laufenden Vorhaben.

(5) Die Registrierung dieses Abkommens beim Sekretariat der Vereinten Nationen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen wird unverzüglich nach seinem Inkrafttreten von der Regierung der Republik Kolumbien veranlasst. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wird unter Angabe der VN-Registrierungsnummer von der erfolgten Registrierung unterrichtet, sobald diese vom Sekretariat der Vereinten Nationen bestätigt worden ist.

Geschehen zu Bogotá am 19. Juli 2012 in zwei Urschriften,
jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut
gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Jürgen Mertens

Für die Regierung der Republik Kolumbien
María Angela Holguín
